SR-Sitzung vom 17. Januar 2012

Haushaltsberatung – Ausführungen des OB

Herr Dr. Trümper

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte, liebe Gäste.

Das ist für mich heute meine 18. Haushaltsrede seit 1994. Und das Ritual, was hier abläuft, ist seit 1994 das Gleiche, nur mit dem einen Unterschied, dass wir von 1994 bis 2002 den Haushalt immer ausgeglichen hatten und seitdem darüber reden, wie wir uns gemeinsam bemühen wollen, den Haushalt wieder in den Ausgleich zu bringen.

Das Zweite, was uns immer wieder einfällt, mir manchmal auch, manchmal ist es auch berechtigt, manchmal ist es etwas kurzsichtig, da hin zu schauen, wer für unser Leid die Verantwortung trägt. In der Regel fangen wir da beim Bund an, dann gehen wir zum Land über, manchmal nennen wir noch die EU, die Schuld daran sind, dass wir Haushaltsdefizite haben. Vieles davon stimmt aber. Was wir aber selten tun in der Diskussion, ist, darüber nachzudenken, was wir selber gemacht haben oder hätten machen können, um unsere Schulden weiter zu minimieren.

Jetzt komme ich zum ganz konkreten Haushalt 2012. Da hat die Verwaltung nach der heftigen Debatte im Sommer, die heute schon mehrfach zitiert worden ist, wo das Defizit zunächst 17 Mio. war betrug, dann 8 Mio., und bei der Einbringung in den Landtag sind noch mal einige Verbesserungsvorschläge gemacht worden, so dass es am Ende 3,7 Mio waren. Wir haben Ihnen mit dem Haushaltsentwurf eine Liste vorgelegt mit zwei Anlagen, die ein Gesamtvolumen hatten von 10,5 Mio., aus dem jeder Ausschuss, jede Fraktion hätte auswählen können, welche von den Vorschlägen genommen werden, um die 3,7 oder 8 Mio. zu reduzieren. Mir ist bis heute kein Vorschlag bekannt, außer dem von der Fraktion CDU/Bfm als Alternative zu meinem Vorschlag, wie man das machen kann. Sie haben in der Regel die Liste in den Ausschüssen ignoriert, haben dazu keinen Beschluss gefasst, haben gesagt „Lass mal gucken, vielleicht hilft uns das Land und wir müssen gar nichts tun. Wir machen aber am Besten keine eigenen Vorschläge, um dann die Verantwortung für die negativen Entscheidungen, die im Stadtrat getroffen werden müssen, zu haben. Und dann war der 15. Dezember ran und der 16. Dezember kam mit der Haushaltsberatung und da stand dann für uns nach dem Beschluss am 15. Dezember fest, dass die Lücke von 3,7 Mio. immer noch besteht. Ich hab mich zwei Tage vorher und an diesem Tag mit Herrn Zimmermann zusammengesetzt und gesagt, wie können wir das jetzt lösen, es hat ja noch keiner irgendeinen Vorschlag für uns, die alle auf der Ausgabenseite waren. Also 8 Mio. haben wir nur aufgelistet, was sind die freiwilligen Leistungen, wo wir ab 1. Januar keine Rechtsverpflichtungen haben und was sind die Leistungen Eigenbetriebe, GmbHs und Stadtverwaltung-Budgets, wo wir noch mal 2 Mio. aufgeschrieben haben, einfach pauschal rasenmäherartig zu kürzen und zu sagen, das wäre dann so zu sagen das letzte Angebot, was wir machen können. Dann haben wir für die 3,7 Mio. gesagt, wir müssen jetzt einen Vorschlag machen, der in der Regel im Stadtrat bei den verschiedenen Interessenlagen, ich sag jetzt mal in diese Richtung, ganz stark dafür plädiert, möglichst keine kulturellen und sozialen Leistungen anzufassen; möglichst bei Null das zu belassen und keinem in irgendeiner Weise zu sagen, du kriegst in diesem Jahr mal 3000, 4000, 5000 Euro weniger, weil du in den letzten Jahren schon immer 100.000 Euro pro Jahr gekriegt hast. Das möchten wir nicht tun. Weil das böse ist, so etwas zu sagen. Und die anderen haben auf der Einnahmenseite auch keine Vorschläge gemacht. Weil wir beides brauchen, den Konsens sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite, ist dann dieser Kompromissvorschlag entstanden mit einem Gesamtvolumen von 3,8 Mio.

Die Grundsteuererhöhung ist deshalb jetzt neu zu diskutieren als vor fünf Jahren, Herr Schuster, weil die Welt sich weiter gedreht hat. Und in den letzten Jahren, trotz der grundsätzlich richtigen Aussage, dass Steuererhöhungen keine Mittel sind, um Freude zu machen, haben eben Städte wie Leipzig und Dresden ihre Hebesätze auf über 600 erhöht. Weil es auch in Sachsen nicht mehr geht, dass man alle Leistungen bezahlen kann, trotz des guten wirtschaftlichen Klimas in Sachsen, ohne dass man die Einnahmensituation erhöht. Das kriegen die auch nicht mehr hin, ohne Steuererhöhung ihre Leistungen zu bezahlen.

Und es gibt ja gar keine Pflicht, das heute zu beschließen. Man muss eben dann nur den Mut haben, ich hab es schon mal gesagt im Finanzausschuss, zu sagen, dann kürze ich eben auf der Ausgabenseite bei den sozialen Leistungen noch 2 oder 3 Mio. mehr. Das ist ja die Alternative dazu.

Und Sie kommen mit dem Vorschlag, das im Personalbereich zu machen, da wissen Sie genau, dass Sie uns da nicht auf dem linken Fuß erwischen, weil wir das seit Jahren machen und auch jedes Jahr wieder aufs Neue steuern und inzwischen eine Belastung der Mitarbeiter erreicht haben, dass der Krankenstand in vielen Bereichen deutlich gestiegen ist, dass die Mitarbeiter Überlastungsanzeigen schreiben und dass wir viele Stellen deshalb unbesetzt haben, weil wir schon gar nicht mehr die Fachleute finden. Sie kriegen ja schon kaum noch jemanden, der in der ARGE arbeiten möchte oder im Sozialamt als Sozialarbeiter. Finden Sie ja kaum noch. Sie finden auch in anderen Bereichen kaum noch Leute, die das gerne machen wollen. Weil das ein enormer Stress ist, weil die Belastung so groß ist, dass man tausende von Anträgen innerhalb von wenigen Fristen bearbeiten muss und es gar nicht mehr schafft; immer hinterher hängt. Das heißt, alles in allem ist das nicht machbar.

Und trotzdem bleibt es dabei. Ich hab hier noch mal schnell ein Heft herausgeholt, das ist vom KPMG und hier ist so eine wunderbare Kurve drinnen, die Schuldenentwicklung in Deutschland seit 1950. Bis 1970 war das alles harmlos, da war ein Land fast ohne Schulden. 1970 bis 1989 war so ein leichter Anstieg, diese erste Kurve. Ab 1989, da waren wir bei 500 Mrd. Schulden in Deutschland, das sind Bund, Kommunen und Länder gemeinsam. Dann gab es von 1989 bis 2007 1,5 Billionen, eine Billion in wenigen Jahren. Und von 2007 ab einen weiteren drastischen Anstieg noch mal eine halbe Milliarde dazu, dass wir jetzt bei 2 Billionen sind. Und jetzt sehen wir die Auswirkungen dieser gigantischen Schulden. Und jetzt kann man sich im Kreise drehen, wie man will. Wenn man das Spiel weiter mit macht und sagt, das kratzt mich alles gar nicht, dann führt aus dieser Situation nur noch der Weg raus, wie in Griechenland. Und der hat jetzt dramatische Folgen, weil jetzt das erste Mal klar wird, dass auch Staatszusagen nichts mehr wert sind. Bisher war immer klar, wenn der Staat sich Geld geborgt hat, hat er es zurück gezahlt. Das erste Mal macht er das jetzt nicht mehr in der Neuzeit, ich sage mal, seit dem 2. Weltkrieg. Und das führt dazu, dass man auch Staaten nicht mehr glaubt, dass sie ihre Schulden zurückzahlen und damit den privaten Geldgebern weltweit das Geld nicht mehr zur Verfügung stellen, nur noch zu hohen exorbitanten Zinssätzen.

Und in diese Situation kommen wir jetzt mitten rein mit unserer Haushaltskonsolidierung. Und darum war ich im September hier im Stadtrat sehr sehr froh, dass Sie gemeinsam den Beschluss gefasst haben, dass wir diesen Weg nicht mehr weiter mit gehen, aber hier klar gesagt haben, den Abbau so zu sagen dieser 180 Mio., ich will das mal richtig „Altdefizite“, benennen, die wir haben, sind keine Kassenkredite, das sind nur manchmal Kassenkredite, das sind Altdefizite. Das abzubauen, kann man nicht mit dem Holzhammer machen. Denn die Auflage, die wir haben, das bis 2015 auf den Tisch zu legen, sind 45 Mio., die würde die Stadt zerstören. Noch 45 Mio. zu denen, die wir heute jetzt haben – jetzt reden wir über 3,7 Mio. – noch 45 drauf zu packen, würde die Stadt zerstören.

Also muss man, wenn man das abbauen will, einen längerfristigen Weg wählen. Der muss auch sozial ausgewogen sein, sonst machen die Bürger das nicht mit. Sonst sagen die auch, das geht nur zu unseren Lasten, was da alles gemacht worden ist. Wir müssen aber dazu sagen, was wir hier in den letzten Jahren an Defiziten eingefahren haben, waren ja immer Zahlungen zugunsten der Bürger. Wir haben ja wohl kein Geld sinnlos ausgegeben und aus dem Fenster rausgeschmissen. Vielleicht kann man da über einige kleine Positionen noch streiten, wo einer die und die Meinung vertreten hat, aber dass wir 180 Mio. zum Fenster rausgeworfen haben, wird doch wohl niemand sagen. D. h., wir haben das ausgegeben, weil wir gemeinsam, je nach Gefechtslage, den Leuten Gutes tun wollten und uns nicht getraut haben, schon in den letzten Jahren – 2010 haben wir einen Haushalt aufgestellt mit 17 Mio. Defizit, das haben wir ja hier gemeinsam beschlossen – , die 17 Mio Euro auf Null zu setzen, hätten wir ja auch schon machen können, aber wir hatten den Mut nicht zu sagen, das Geld haben wir nicht. Also haben wir beschlossen, weitere 17 Mio. Haushaltsdefizit anzuhäufen.

Jetzt sage ich Ihnen was Positives dazu: von den 17 Mio im Jahr 2010, die wir hier beschlossen haben, sind es nur 4 Mio geworden. Das heißt, wir haben schon 13 Mio davon im Haushaltsvollzug eingespart. Im letzten Jahr haben wir 9 Mio beschlossen; den Abschluss haben wir noch nicht. Aber es werden keine 9 Mio sein, weil wir ordentlich gearbeitet haben. Und dieses Jahr haben wir das erste Mal den Beschluss, wir wollen jetzt auch schon in der Planung mit Plus-Minus-Null reingehen. Das halte ich für die Kernaussage, mit der wir hier heute auf jeden Fall aus dem Rathaus rausgehen sollen, dass das eingehalten wird. Und da muss man jetzt gucken, wie man das am Besten hin bekommt. Aber ich sage mal, für die nächsten Jahre, wenn die 180 Mio. anstehen, die wir jetzt berechtigter Weise dieses Jahr nicht auf den Tisch legen, weil das noch gültige Gesetz, oder ich sage lieber nicht das Gesetz sondern die Anwendung des Gesetzes, wenn wir jetzt 20 Mio. Plus machen würden, dann würde uns das im nächsten Jahr abgezogen werden. Und da diese Absurdität noch so da ist, in den Köpfen derer, die damit rechnen, kann man das im Moment nicht machen.

Aber wir sagen ganz klar, wir wollen das tun, wir werden unsere Schulden abbauen. Weil, wir möchten endlich wieder frei handlungsfähig sein und selbst entscheiden können, ob man auch mal, Herr Schuster, für eine wichtige Investition, die die Stadt voran bringt, auch mal wieder einen Kredit aufnehmen kann. Kredite für Investitionen sind ja nichts Schlechtes, wenn man damit was Gutes bewirkt. Also, wenn wir einen Kredit aufnehmen für, wie wir es gerade gemacht haben beim K II, für Schulen und Kindergärten, ist das ja nichts Schlechtes. Ich muss nur die Chance haben, das wieder im nächsten Jahr abzahlen zu können. Wenn man das kann, das erwirtschaften kann, kann man das auch mal wieder machen. Im Moment sagen wir aber Nein, weil wir keine Handlungsoptionen sehen, das hin zu bekommen in den nächsten Jahren.

Und jetzt gibt es die Diskussion im Land, zu dem neuen FAG, was das raus kommt, wird man sehen im nächsten halben Jahr, soll ja schon bis Juni fertig sein. Wir werden dafür jedenfalls kämpfen. Ich sage nur, das Gesetz, was wir jetzt gerade haben, ist nicht das Problem, Herr Schwenke, das Problem ist die Anwendung. Wenn ich so zu sagen bei der Berechnung die Altschulden einfach weg lasse und die negiere und sage, das kann ich den Kommunen nicht als Bedarf anerkennen, dann ist das im ersten Schritt sogar richtig. Aber ich hätte in den letzten Jahren davor das periodengerecht immer anerkennen müssen. Dann wäre die Ansammlung ja gar nicht zustande gekommen auf 180 Mio. Das hat man aber auch nicht gemacht. D. h. ich muss periodengerecht auch die Anerkennung der Aufgaben, die ich finanzieren will und die wir uns leisten wollen, haben. Und über diese Aufgaben werden wir reden müssen in allen Bereichen. Und darum plädiere ich noch mal an dieser Stelle für das, was wir vorgeschlagen haben. Das ist ein Bereich, da ist faktisch keiner ausgenommen.

Und ich will was zu den 790.000 Euro im sozialen Bereich sagen. Das haben wir uns genau angeschaut. Wir hatten Ihnen 7,9 Mio. vorgelegt; das sind 10 % davon. Ich hab mir die Liste von Herrn Brüning vorlegen lassen, wer davon alles betroffen sein könnte, ich sage aber auch hier, wir sollten das hier nicht im Detail beschließen, habe ich auch nicht gemacht, sondern das sollten die Ausschüsse in Kleinarbeit sagen, wo wir das machen wollen. Im Moment – das will ich noch dazu sagen – im Moment bekommt von denen, die auf der Liste Zuschüsse bekommen pro Jahr, keiner Geld. Geld fließt erst wieder, wenn wir einen Haushaltsbeschluss haben. Im Moment zahle ich kein Geld aus, an keinen von den Vereinen, keiner bekommt Geld. So lange nicht, bis wir einen Haushaltsbeschluss haben.

Jetzt will ich etwas zu dem, was Herr Theile gesagt hat, sagen. Man kann so argumentieren, Herr Theile, wie Sie es gemacht haben. Ich sag mal, man stelle sich mal vor, es würden jetzt alle so im Stadtrat machen und alle würden sich zum Haushalt wenigstens enthalten, dann würde das Negative eintreten, was ich eben gesagt habe. Dann würden die alle kein Geld bekommen. Wenn sich alle im Haushalt enthalten und sagen, ich will das nicht gewesen sein, ich will keine Beteiligung an dem, was hier beschlossen wird, haben, dann gibt es keinen Haushalt und dann tritt das genau ein, was ich gesagt habe. Genau, die Bürger können sich dann dazu jederzeit äußern, die haben auch hier im Rathaus ihre Meinung gesagt. Ich will nur sagen, dass man das so machen kann, aber die Konsequenzen muss man dann auch sehen. Ich will damit doch nur sagen, dass das „Wegschieben“ so zu sagen, immer auf andere, zu sagen, mach du mal, ich will das nicht gewesen sein, beschließt das mal, damit es auch weiter geht, wir wollen ja investieren, wir wollen ja auch die Leistung, die hier drinnen stehen, von 180 Mio. im sozialen Bereich auszahlen. Das ist doch eine gigantische Leistung, die wir im Haushalt haben. Wir geben 50 Mio. im freiwilligen Bereich aus, für Theater, Sportstätten und und und. Das ist eine gigantische Leistung, die wir als Stadt dabei erbringen. Wir sind ja bei Weitem nicht so, dass wir sagen können, das Chaos ist ausgebrochen sondern wir reden hier über einen Bereich von 3,7 Mio., den ich in dieser Situation für vertretbar halte, das zu machen. Ich mache es nicht gern! Aber ich weiß keine Alternative dazu als das zu machen. Und von daher sollten wir gemeinsam versuchen, diesen Kompromiss zu tragen, weil wir natürlich dann als Stadtrat auch sagen können, wir haben gemeinsam beschlossen, dass es weiter gehen kann. Und dann werden wir dafür kämpfen, Herr Theile, und da sind Sie wahrscheinlich wieder mit mir einer Meinung, mit dem Land, um einen FAG zu haben, wo man sagen kann, es gibt eine vernünftige auskömmliche Finanzierung, mit der man leben kann.

Und wir werden in den nächsten Jahren im sozialen Bereich, ich will nur einen Bereich mal nennen, noch mehr Geld brauchen. Ich habe vorhin gerade von Herrn Brüning bekommen, dass die Geburtenrate bzw. die Geburtenzahl noch gestiegen ist. Wir werden wahrscheinlich in einem Affengalopp in Kindereinrichtungen investieren müssen, vielleicht sogar noch in diesem Jahr, um den Bedarf dafür zu realisieren. Das Geld ist im Haushalt bisher auch noch nicht veranschlagt. Also müssen wir dazu eine Lösung finden. Aber jedenfalls haben wir die Pflicht, als Stadt, den Rechtsanspruch zu gewährleisten. Das werden wir tun. Und wenn da jetzt festgestellt wird, dass in einigen Bereichen das wirklich so eng wird, dann muss das gemacht werden; aber sofort gemacht werden, ohne großen Zeitverzug. Weil das für uns ja die Zukunftsfrage ist, dass wir für die Kinder und für die Schulen die entsprechenden Investitionen haben, damit es auch da weiter gehen kann und die Menschen auch, wie Herr Schuster gesagt hat, arbeiten können. Wir brauchen sie ja im Arbeitsprozess. Es gibt ja teilweise Menschen, die sagen, ich kann nicht arbeiten gehen, weil ich mein Kind nicht unterbringen kann. Das ist doch die Botschaft, die wir erfüllen müssen, dass das gewährleistet wird. Das werden wir auch hinbekommen. Auch mit dem Haushalt 2012.

Und da darf ich noch mal insgesamt bitten, dass wir wie im September agieren, denn das war für mich eine Entscheidung, die ich gar nicht erwartet hatte, wo der Stadtrat gesagt hat, wir sind einstimmig der Meinung, dass wir hier den richtigen Weg gehen und den gehen wir auch gemeinsam weiter. Aber wir müssen uns auch neue Valenzen schaffen, dass wir weiter investieren können.

Jetzt noch ein Wort zu dem doppischen Haushalt. Es gibt ja in Sachsen-Anhalt keine vergleichbare Stadt, die bisher doppisch arbeitet. Halle ist ja gerade dabei, das auf den Weg zu bringen, und will, glaube ich, 2012 damit anfangen. Ich sag noch mal eine Zahl, damit Sie auch sehen, dass wir in Magdeburg, was den Haushalt betrifft, für meine Begriffe eigentlich sehr sehr gut arbeiten. Wir erwirtschaften mit diesem Haushalt 45 Mio. Abschreibungen, wenn ich noch den Sonderpostenabzug dagegen setze, immerhin 17 Mio. Abschreibungen. D. h. übersetzt in einen kameralistischen Haushalt, wenn wir das also so primitiv machen würden, hätten wir eigentlich 17 Mio. Plus. Weil wir mehr Abschreibungen erwirtschaften, als wir an Sonderposten auflösen. Wir haben es ja auf Plus-Minus-Null. Das kriegt fast keine Kommune in Sachsen-Anhalt hin, jedenfalls keine Stadt in unserer Größenordnung. Damit ist hier ein Haushalt vorgelegt worden, der ist wirklich vom Grundsatz her finanziell sehr sehr gut. Sie finden das nicht, können sich gerne umschaun, ich weiß, dass Halle einen Haushalt vorlegen will, der noch nicht im Stadtrat ist, für 2012 mit einer Sparliste von 17 Mio., die sie raus streichen wollen, fast alles im Sozial- und Kulturbereich, und immer noch mit einem Defizit von fast 20 Mio. Und darum sollten wir auf das, was wir zustande gebracht haben, in den letzten Jahren, eigentlich stolz sein. Zwar nicht auf das, was an Kürzungen ständig bei uns rein gekommen ist, aber wir können damit, glaube ich, ganz gut leben und können damit auch zeigen, dass man es in den Griff kriegen kann, ohne dass alle Wünsche in Erfüllung gehen. Und da kann ich nur immer wieder sagen, im privaten Bereich ist das auch nicht so. Ich kann mir auch nicht gleichzeitig eine Weltreise leisten, ein Auto kaufen, mein Haus sanieren, eine neue Küche kaufen – das geht auch immer nur Schritt für Schritt. Manch einer kann das auch, manch einer kann auch gar nichts von dem, aber in der Regel muss man sich auch da abstimmen und sagen, eins nach dem anderen, und nicht alles zur gleichen Zeit, was niemand dann am Ende mehr refinanzieren kann. Ich plädiere jedenfalls dafür, dass Sie dem 31. Änderungsantrag zustimmen.

Jetzt guck ich noch mal meine liebe Kollegin, Frau Ponitka, an, die am Freitag noch mal bei mir war und mir ihre Liste vorgelegt hat, was sie aus ihrem Haushalt alles finanziert. Da wird drüber zu reden sein, weil ich der Meinung bin, da ist einiges drin, was da eigentlich nicht rein gehört. Das gehört in den Sozialetat oder in den Etat des Kulturbeigeordneten und gar nicht in den Bereich von Frau Ponitka. Da gibt es sogar einige Bereiche, die werden aus zwei Töpfen der Stadt finanziert, das müssen wir noch mal sauber bereinigen. Und darum ist das heute auch ein Angebot, zu sagen, da hin schauen, zumal wir uns im Stadtrat auch vorgenommen haben, dass wir keine Förderung von Institutionen, sondern immer nur von Projekten vornehmen. Und in der Liste von Frau Ponitka lese ich immer Miete, Miete, Miete, Miete, Miete – Miete ist für mich kein Projekt. Miete ist eine institutionelle Förderung, da müssen wir aber über das Thema in Ruhe reden. Ich möchte niemanden und auch keinen von den kleinen Vereinen wegrasieren, aber wir müssen genau hinschauen, was wir mit dem Geld machen und diese Situation kriegen wir hin. Ist ja keine Größenordnung, über die man jetzt lange streiten muss, über 5000 Euro muss man sich ja nicht eine halbe Stunde den Mund fusselig reden. Da wird man eine Lösung hibekommen. Aber ich glaube schon, dass man sich über die gesamte Finanzierung und die Förderung der Vereine noch mal in aller Ruhe einige Gedanken machen muss im nächsten Jahr und das eben auch sauber steuern muss. Auch in den anderen Bereichen, die Herrn Brüning betreffen, da wird niemand seine Einrichtung schließen müssen, wenn ich eine Kürzung mache von 5000 Euro oder 7000 oder 8000 Euro in einem Bereich, der noch 150.000 Euro hat. Da muss nichts geschlossen werden.

Und ich habe am Samstag mal bei der Meile der Demokratie mit Einigen, die im sozialen Bereich arbeiten, gesprochen, die mich angesprochen haben, Mensch, was macht Ihr da gerade. Ich habe ihnen das erklärt, dass es um Größenordnungen geht von eben zitierten 5000 – 7000 Euro, da kriegt man doch die Antwort: naja, wir verstehen schon, wenn das Geld nicht da ist, dann müssen wir uns auch ein bisschen zusammenreißen und an bestimmten Stellen mal auf einige Sachen verzichten. Das verstehen die auch alle, die Menschen, dass das so ist, dass sie nicht sagen, wir müssen 100 % haben, wie immer. Und da muss man schauen, genau hingucken, welche Aufgaben wir in den nächsten Jahren erfüllen wollen und wo man bestimmte Streichungen vornehmen kann und wo man bestimmte Aufgaben sogar erweitern muss. Das hängt ja davon ab, wie die Entwicklung auch in der Stadt weiter geht. In diesem Sinne hat Herr Schuster mit der Aussage natürlich völlig Recht. Bloß ich weiß nicht, ob es in Erfüllung geht, dass man erstmal gleich nach der Haushaltsberatung anfängt, sich Gedanken zu machen und dann die Anträge einbringt, wo man im Haushalt im nächsten Jahr dann Korrekturen vornimmt. Bisher ist das nicht passiert. Unangenehm ist das. Und darum sage ich es noch mal, ich freu mich drauf, wenn die Vorschläge kommen; bisher waren die immer so, dass man die auf ein Blatt schreiben konnte, die wir in den letzten Jahren bekommen haben. Ja, eines habe ich ja verstanden, das knackige Ende hab ich ja schon verstanden, da sag ich aber heute nichts zu.